

Am 2. April haben die Staats- und Regierungschefs der G20-Länder in London konkrete Schritte für eine neue Finanzarchitektur vereinbart. Bessere Kontrollen sollen Risiken zukünftig überschaubarer und die globalen Märkte stabiler machen. Gleichzeitig wurden umfangreiche Finanzhilfen für ärmere Länder beschlossen. Im folgenden Wirtschaftsinfo werden die wichtigsten Beschlüsse kurz erläutert und aus Sicht der IG BCE bewertet.

Das Wichtigste in Kürze:

- In der schweren Finanz- und Konjunkturkrise haben die Staats- und Regierungschefs gezeigt, dass sie zu einem abgestimmten und geschlossenen Handeln in der Lage sind. Die Finanzmärkte sollen stärker reguliert werden, was das Risiko zukünftiger Krisen verringern wird. Damit ist der Londoner Gipfel ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zu einer neuen globalen Finanzarchitektur. In den nächsten Monaten müssen die Beschlüsse weiter konkretisiert und umgesetzt werden. Zukünftig muss insbesondere das kurzfristige Denken der Finanzmarktakteure verhindert werden.
- Vor allem im bereits heute hoch regulierten Bankenbereich sollen international bessere Regeln hinsichtlich der risikoreichen Geschäfte und des Eigenkapitals umgesetzt werden. Das schlechte Krisenmanagement der Banken ist für die aktuelle Krise mit verantwortlich. Reformen sind deshalb unumgänglich.
- Der Beitrag des Gipfels zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise ist demgegenüber begrenzt. Positiv hervorzuheben sind insbesondere die finanziellen Hilfen für ärmere Staaten, die stark unter der Krise leiden. Besonders negativ schlägt demgegenüber zu Buche, dass der Gipfel keine Beschlüsse hinsichtlich der toxischen Wertpapiere und somit keinen Beitrag für die wichtige Bereinigung der Bankbilanzen gebracht hat.

Regulierung der Finanzmärkte

Alle systemwichtigen Institutionen, Produkte und Banken sollen zukünftig wirksam überwacht werden. Bei Hedge-Fonds und Ratingagenturen sollen Auflagen zu mehr Transparenz führen und Risiken besser erkennbar machen. Für die Überwachung der Märkte ist ein Frühwarnsystem beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und dem G7-Forum für Finanzstabilität („Financial Stability Board“) vorgesehen.

→ Die Reformansätze zur Finanzmarktregulierung sind überwiegend positiv zu bewerten. Viele Finanzmarktakteure – beispielsweise Hedge-Fonds oder Ratingagenturen – sollen erstmals systematisch reguliert werden. Dies entspricht Forderungen der IG BCE.

→ Vorteilhaft ist auch, dass zahlreiche Reformansätze relativ detailliert gefasst und bereits konkret festgelegt wurde, wie sie in nationales Recht umzusetzen sind. Damit ist die Gefahr gering, dass es sich nur um Lippenbekenntnisse handelt.

→ Leider konnten sich die Staaten nicht darauf einigen, insbesondere Hedge-Fonds weitergehend zu regulieren. Die vereinbarte Registrierung von Hedge-Fonds-Managern und verstärkte Informationspflichten können deshalb nur ein erster Schritt sein.

→ Die Wirksamkeit der neuen Frühwarnsysteme und Abstimmungsgremien für die Finanzaufsicht müssen in den nächsten Jahren überprüft und angepasst werden. Finanzmarktregulierung ist ein permanenter Prozess und die nunmehr beschlossenen Regulierungen sind aus Sicht der IG BCE lediglich eine gute Ausgangsbasis.

→ Zukünftige Regulierungen müssen verstärkt darauf abzielen, kurzfristiges Denken der Finanzmarktakteure zu verhindern. Insbesondere sollten Rendite und Wachstum im Finanzsektor längerfristig nicht mehr über denen der Realwirtschaft liegen. Der Londoner-Gipfel hat hierzu keinen Beitrag geleistet.

Die 26 Teilnehmer des G20-Gipfels

G20			Weitere Teilnehmer:
G8-Staaten	G5-Staaten	Australien	Niederlande
Deutschland	Brasilien	Indonesien	Spanien
Frankreich	China	Südkorea	Asean ¹ -Vorsitz (derzeit: Thailand)
Großbritannien	Indien	Argentinien	Kommission der Europäischen Union
Italien	Mexiko	Saudi-Arabien	Kommission der Afrikanischen Union
Japan	Südafrika	Türkei	Nepad ² -Vorsitz (derzeit: Äthiopien)
Kanada		EU-Präsidentschaft (derzeit: Tschechien)	
USA			
Russland			

1) Verband südostasiatischer Nationen; 2) Entwicklungsprogramm der Afrikanischen Union

Regulierung der Banken

Risikoreiche Bankgeschäfte sollen zukünftig erschwert werden. Dafür sollen vor allem die prozyklische Ausgestaltung der Bilanzierungsvorschriften geändert, Risikopositionen mit mehr Eigenkapital unterlegt und außerbilanzielle Risikopositionen reduziert werden. Die internationalen Eigenkapitalregeln (Basel II) sollen entsprechend geändert werden.

- Die angestrebten Regulierungen im Bankenbereich sind eine konkrete Antwort auf die Entstehung der Finanzmarktkrise und deshalb dringend notwendig. In den nächsten Monaten kommt es darauf an, die Beschlüsse möglichst schnell und vor allem global umzusetzen.
- Als problematisch könnte sich dabei erweisen, dass die Reparaturarbeiten am Bankensystem weitgehend in nationaler Verantwortung verbleiben. Entscheidend wird zukünftig sein, dass die wichtigsten Volkswirtschaften an einem Strang ziehen und ausreichend Druck auf alle anderen Länder ausgeübt wird.
- Für das vermutlich dringendste Problem, dem Umgang mit toxischen Wertpapieren, ist keine Lösung erzielt worden. Hier werden alle Länder mehr oder weniger unterschiedliche Wege gehen. Da es bislang viele Lösungsvorschläge aber kein Patentrezept zur Bereinigung der Bankbilanzen gibt, wären Ergebnisse auf diesem Feld auch besonders schwierig gewesen.

Hilfen für Entwicklungs- und Schwellenländer

Um die Folgen der Finanzmarktkrise für die Entwicklungs- und Schwellenländer zu mindern, sollen der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank finanziell erheblich besser ausgestattet werden. Die Weltbank bekommt 100 Mrd. Dollar. Der IWF erhält 250 Mrd. Dollar für sofortige Hilfen und weitere 250 Mrd. Dollar später. Überdies kann der IWF zusätzliche Sonderziehungsrechte in Höhe von 250 Mrd. Dollar schaffen.

- Die Kapitalspritzen für internationale Finanzinstitutionen sowie Schwellen- und Entwicklungsländer sind dringend notwendig. Diese Maßnahmen werden die Weltwirtschaft stützen und besonders den armen Ländern helfen, die vollkommen unverschuldet unter den Folgen der Krise leiden.
- Vielversprechend ist auch, dass der IWF seine Kredite zukünftig ohne drakonische Sanierungsauflagen vergeben darf. Ob allerdings der IWF, der in den letzten Jahrzehnten vor allem durch drakonische Forderungen nach Deregulierung und Haushaltskonsolidierung aufgefallen ist, zukünftig eine positive Rolle spielen wird, bleibt abzuwarten.

Förderung des Freihandels

Jede Form von Marktabschottung soll unterbunden werden. Der Schutz der nationalen Wirtschaft soll dem freien Handel nicht entgegen stehen. Konkret beschlossen wurde ein 250-Mrd.-Dollar-Paket zur Exportförderung.

- Die Verpflichtung, keine protektionistischen Maßnahmen zu ergreifen, hat mehr symbolischen Charakter. Angesichts der bereits vorhandenen protektionistischen Tendenzen – in Ansätzen erkennbar in Frankreich und den USA – ist dieses Symbol außerordentlich wichtig. Protektionismus schadet dem Welthandel und bedeutet eine Verringerung von Wachstum und Wohlstand. Dies gilt für die Weltwirtschaft insgesamt und in besonderem Maße für die exportorientierte Volkswirtschaft Deutschlands.
- Der An Schub für die internationale Handelsfinanzierung (Handelsbürgschaften) wird den Welthandel unterstützen und sicherlich auch der deutschen Exportindustrie zu Gute kommen.

Langfristig ausgerichtete Managervergütung

Für die Managervergütung sind gemeinsame Richtlinien geplant. So müssen Bonusmodelle künftig stärker am längerfristigen Erfolg der Unternehmen ausgerichtet sein. Die Vergütungsrichtlinien, die das „Financial Stability Forum“ ausgearbeitet hat, sollen verbindlich werden.

- Die Erarbeitung gemeinsamer, am langfristigen Erfolg ausgerichteter Richtlinien ist wünschenswert und entspricht Forderungen der IG BCE. Bislang handelt es sich aber nur um Absichtserklärungen, die Umsetzung und langfristige Durchsetzung dieser Verabredungen steht noch aus.
- Für eine nachhaltigere Unternehmensführung hat der G20-Gipfel ebenfalls keine konkreten Ergebnisse gebracht. Die IG BCE plädiert hier insbesondere für eine Stärkung der Mitbestimmung und eine größere Haftung für Manager.

Vermeidung von Steueroasen

Steueroasen sollen zukünftig entschieden bekämpft werden. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) soll Listen von Staaten veröffentlichen, die anerkannte Kriterien für Finanzgeschäfte erfüllen.

- Obwohl Steueroasen nur indirekt mit der Finanzmarktkrise zu tun haben, sind die Pläne im Kampf gegen Steueroasen zu begrüßen. Insbesondere die „schwarzen Listen“ werden den Druck auf die entsprechenden Staaten weiter erhöhen.